

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Regierungsumbildung in England?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) :  
Regierungsumbildung in England?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg,  
Vol. 32, Iss. 7, pp. 412-413

This Version is available at:  
<https://hdl.handle.net/10419/131555>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

ner Schumans bei den Sozialisten, den Konservativen und den Gaullisten unter einen Hut zu bringen. Noch vor zwei Jahren bestanden zwischen der Schuman'schen und der gaullistischen Europapolitik nur kleine Nuancen. Der General verzichtete es dem Minister nicht, einzelne Gedanken, deren Vaterschaft ihm nicht abgestritten zu werden vermag, mit Geschick in die Tat

umgesetzt zu haben. Heute spricht General de Gaulle vorwiegend von einer vorübergehenden Generalbereinigung zwischen Deutschland und Frankreich als Voraussetzung für die Bildung einer europäischen Konföderation, von der niemand sagen kann, ob es sich um einen Bundesstaat oder einen Staatenbund handelt. Die deutsch-französische Generalbereinigung soll zu-

dem erst dann beginnen, wenn Frankreich militärisch und wirtschaftlich stark genug ist, um seines Übergewichtes dem deutschen Partner gegenüber gewiß zu sein. Es mag zweifelhaft erscheinen, ob diese Vorstellungen einer realpolitischen Verantwortung und dem gegebenen internationalen Zeitdruck auch nur teilweise Stand zu halten vermögen. (fr.)

## Regierungsumbildung in England?

London, 10. Juli 1952

Im Zeitalter der Gallup-Umfrage scheint es auch nach Parlamentswahlen für Politiker keine Ruhe und Sicherheit mehr zu geben. Das ist jedenfalls die Erfahrung der britischen Konservativen, die sich im Oktober gerade noch eine kleine Mehrheit im Unterhaus sichern konnten, aber seitdem ununterbrochen Boden verloren haben. Ob daran die mißliche Lage des Landes schuld ist, wie die Konservativen sagen, oder die Enttäuschung der Bevölkerung über die Nichteinhaltung von Wahlversprechen, wie die Labour-Kritiker der Churchill-Regierung behaupten, ist im Grunde unwichtig. Tatsache ist, daß sich viele konservative Unterhausabgeordnete höchst unsicher fühlen. Sollten in einzelnen Wahlkreisen Neuwahlen notwendig werden, so könnte Mr. Churchills gerade noch arbeitsfähige Mehrheit sehr schnell verschwinden. Und trug er sich vor kurzem noch mit der Absicht, einen günstigen Augenblick, vielleicht kurz nach der Krönungszeremonie im nächsten Jahr, zur Auflösung des Unterhauses und zu Neuwahlen zu benutzen, so muß er diese Pläne einstweilen zurückstellen.

Nach sechs Jahren in der Opposition fanden es einige der neuen Minister, darunter auch manche, denen ihre erfolgreiche Arbeit im Kriege großes Ansehen eintrug, schwer, mit den schwierigen Bedingungen der Nachkriegsära fertigzuwerden. Trotz einiger kleinerer Umbesetzungen, die schon stattgefunden haben, rechnet man daher in Londoner politischen Kreisen mit einer Umbildung der Regierung, und die politischen Propheten, von

denen nicht alle an einer solchen Umbildung persönlich uninteressiert sind, haben es nicht an Mutmaßungen und Voraussagen über die Hauptakteure bei einem solchen Verwandlungsspiel fehlen lassen. Die „Overlords“, die für verschiedene Regierungsbereiche eingesetzt, von administrativer Ressortarbeit und parlamentarischer Routine weitgehend befreiten Mitglieder des engeren Kabinetts, kommen bei dieser Abschätzung persönlicher Chancen allgemein schlecht weg. Der Engländer, der von seinen Ministern erwartet, daß sie im Parlament Rede und Antwort stehen, hört von ihrer Tätigkeit hinter der Szene zu wenig. Es ist kennzeichnend, daß keiner von ihnen wirklich populär ist, während die mit Ressortarbeit überladenen, regelmäßig im Unterhaus anwesenden Kabinettsmitglieder, wie Außenminister Eden und Schatzkanzler Butler, in den acht Monaten ihrer bisherigen Regierungsarbeit erhöhtes Ansehen erworben haben.

### *Der Ruf nach dem Koordinator*

Das moderne Kabinettsystem, die Existenz einer Regierung innerhalb der Regierung, ist eine englische Erfindung; der Prime Minister soll, wie der Name besagt, der erste unter einer Anzahl mehr oder weniger gleichgestellter Minister sein, auch wenn er Mr. Churchills überragende Persönlichkeit und Erfahrung besitzt und äußere Umstände ihm eine größere Prominenz aufzwingen. Die Fortentwicklung der Kabinettd idee in der gegenwärtigen Regierung mit ihren Gruppenchefs hat sich aber nicht sonderlich bewährt, obwohl sie auf der Linie ähnlicher Experimente in Mr. Att-

lees Labour-Regierung liegt. Daran ist zum Teil Mr. Churchills einzigartige Stellung schuld. Er ist kein „Komitee-Mann“ und hält, wie man sagt, mit seinen Kollegen nicht immer genug Fühlung. Manche Konservative möchten daher an seiner Seite einen Koordinator für das gesamte Feld der inneren Politik sehen, so daß sich der Prime Minister auf die ihn am meisten interessierende Außenpolitik und die Verteidigung konzentrieren könnte. Täte er dies, so könnte das Auswärtige Amt einem weniger erfahrenen Staatsmann als Mr. Eden anvertraut werden, und dieser könnte sich der Koordinierung von Wirtschafts- und Finanzpolitik widmen, einem Gebiet, auf dem er als offizieller Stellvertreter des Prime Ministers und voraussichtlicher künftiger Regierungschef auf alle Fälle mehr Erfahrung sammeln sollte. Daß er in inneren Angelegenheiten nie stark in Erscheinung getreten ist, sollte seine Aufgabe, ausgleichend zwischen verschiedenen Interessengruppen zu wirken, erleichtern.

### *Kritik im eigenen Lager*

So etwa argumentieren die jüngeren Konservativen, denen die Regierungspolitik hinsichtlich der verstaatlichten Industrien, der Lebensmittelsubventionen, der Eisenbahnfahrpreise und anderer heikler Fragen psychologisch ungeschickt, wenn nicht grundsätzlich falsch erscheint und die auch die Beziehungen zu den Gewerkschaften verbessern möchten. Sie sind mit Schatzkanzler Butlers Politik an sich einverstanden, aber über seine Nachgiebigkeit in manchen Steuerfragen enttäuscht und möchten den

# HAMBURGER FREMSPRACHENSCHULE

G.m.b.H.

## DOLMETSCHER-INSTITUT

Unterricht in allen Sprachen  
Nationale Lehrkräfte

Deutsch für Ausländer  
Wohn- und Studienheim

HAMBURG 21, KARLSTRASSE 38 (WD) TELEFON 22 35 92

Einfluß des fortschrittlichen Flügels in der inneren Wirtschaftspolitik stärken. Mr. Butlers Bereitschaft zu Konzessionen, vor allem hinsichtlich der Übergewinn- und Kaufsteuer, hat ihm aber nicht das volle Vertrauen der orthodoxen Konservativen eingebracht, bei denen er durch seine Befürwortung einer die Beziehungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Wirtschaftsleben regelnden Charta Verdacht erregte. Seine realistische Zins- und Preispolitik wird von der City gutge-

heißen, aber ihre Auswirkungen auf die Textilindustrie Nordenglands und den Binnenhandel werden natürlich von den Leidtragenden kritisiert. Mr. Eden würde vielleicht, so hoffen sie ohne rechten Grund, für die Nöte des industriellen Nordens mehr Verständnis zeigen. Mr. Eden hat aber keine Lust, das Auswärtige Amt zu verlassen, während Mr. Butler die Verbesserung der Handels- und Zahlungsbilanz als eine langfristige Aufgabe ansieht, die er nicht auf

halbem Weg an jemand anders abgeben will. Von Mr. Churchill glaubt man, daß er mit seinen beiden Hauptassistenten auf ihren jetzigen Posten zufrieden ist. Unter diesen Umständen wird sich wahrscheinlich eine Regierungsumbildung, wenn sie erfolgt, auf die Ministerposten des engeren Kabinetts beschränken, falls sich Mr. Churchill nicht unerwartet dazu entschließt, sich von dem einen oder anderen seiner Weggenossen im Oberhaus zu trennen. (A.)

Dr. Hans Köhler, Hamburg

## Die zunehmende Industrialisierung in den Überseeländern

Wir sollten diese sich immer mehr ausbreitende Industrialisierung in den Überseeländern nicht zu leicht nehmen. Hierbei ist nicht eine Industrialisierung der Art gemeint, die bei den Überseeländern die Wirtschaft in allen ihren natürlichen Ansätzen intensivieren möchte. Sie hat sich immer noch als Ausweitung unseres Exports auf lange Sicht herausgestellt und ist deshalb zu begrüßen. Auf ihrer Linie liegen im wesentlichen auch die günstigen Prognosen von Lewis, über die uns in der Presse berichtet worden ist. Doch damit dürfen wir uns nicht trösten. Für uns besteht das Problem vielmehr darin, daß die Überseeländer sich in zunehmendem Maße um die Produktion von industriellen Fertigerzeugnissen bemühen und der bisher übliche Austausch solcher Erzeugnisse gegen Rohstoffe und Nahrungsmittel aus Übersee immer mehr gestört werden wird. Die Überseeländer wollen also autark werden, und es geht oft schon so weit, daß sie die Produktion von Rohstoffen und Nahrungsmitteln vernachlässigen, um sich der Herstellung von industriellen Fertigwaren zuwenden zu können.

### Die Tendenz zur Autarkie

Man hat diese Entwicklung darauf zurückgeführt, daß die Rohstoffländer sich aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von ihren Kunden auf dem Festland befreien wollen, die in der Vergangenheit zu oft ihre Krisen auf die Lieferländer abgewälzt haben. Aber uns scheint, daß mit dem allmählichen Abklingen eines latenten Überflusses die Verhältnisse auf dem Weltmarkt sich hier doch schon sehr zu Gunsten der Überseeländer geändert haben und daß aus diesem Anlaß allein kaum die auffallende Tendenz zur Autarkie, wie wir sie gerade jetzt feststellen, abgeleitet werden

kann. Eher wird man vielleicht sagen dürfen, daß die Kriege, die der Kontinent führte und die den Überseeländern so oft ihre Bezugsquellen für Fertigerzeugnisse versperrten, Anlaß zu dieser Entwicklung gewesen sein können. Aber der vorherrschende Grund dürfte auch darin nicht liegen.

Es scheint sich hier weit mehr um Impulse zu handeln, die aus dem Irrationalen kommen und die schon seit jeher die Wünsche nach politischer Unabhängigkeit innerhalb der staatlichen Gebilde übersteigert haben. Die nach Unabhängigkeit strebenden Staaten sehen in der Ausweitung ihres industriellen Sektors um jeden Preis ein besonderes Mittel, um ihre Macht eindrucksvoll darzustellen, und es wäre falsch, das zu verschweigen.

Eine solche Entwicklung bedeutet aber weit mehr, als daß der Exporteur mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen hat. Die Erfahrung hat sogar gezeigt, daß durch die Entwicklung der Wirtschaft eines Landes in Übersee zur Autarkie der Exporthandel vorübergehend nicht unbedeutende Vorteile haben kann. Das ist sicher heute noch weitgehend der Fall. Aber trotzdem darf man die Gefahr, die in einer solchen Tendenz liegt, nicht gering einschätzen. Sie muß, wenn sich die Dinge erst genügend ausgereift haben, doch weit auf das Gefüge des gesamten Außenhandels einwirken und kann dann auch nicht ohne Einfluß auf unseren Import bleiben.

### Optimismus und Pessimismus

Weil dem aber so ist, sollte man auch die bekannte These, daß die Eigenproduktion von industriellen Fertigerzeugnissen in unseren Abnehmerländern stets eine Ausweitung des Konsums einleite und uns da-